„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Chefredakteur.
Geschäftslokal: 1835—1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Mittwochausgabe 12—32 Seiten stark.

"DER COURIER"
The Organ of the German-speaking settler of the West.
MEMBERS OF A.B.C.
Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASS'N, LTD., a joint stock company, at its office and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can.
All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EHMANN, *Managing Director.*
(Advertising Rates upon application)

Ein Volk von Brüdern

Das tieftraurige Schicksal der deutschen Rußlandflüchtlinge hat in der ganzen deutschsprachigen Welt diesseits und jenseits des Ozeans lebhafteste Anteilnahme gefunden. Durch alle Zeitungen, die man zur Hand nimmt, geht eine starke Welle des Mitgefühls und der Hilfsbereitschaft. Es ist ein erhebendes und tröstliches Bewußtsein, daß das Gefühl der Bluts- und Sprachverwandtschaft, der gemeinsamen Abstammung und des gemeinsamen Schicksals in den Deutschstämmigen so kräftige Wurzeln geschlagen hat. Ob deutsche Brüder im fernen Sibirien, an der Wolga, am Schwarzen Meere, in der Krim, in Bessarabien, in der Bukowina, im Banat, in Siebenbürgen, Südtirol oder in einem anderen Teile der Alten und Neuen Welt leben und leiden, ob sie im eisigen Norden oder im sonnigen Süden geboren und Bürger dieses oder jenes Staates sind, sie sind mit uns durch die unsichtbaren, aber unzerreißbaren Fäden der Sprach- und Blutsgemeinschaft verbunden. Man mag es bedauern und beklagen, daß dieses Empfinden in der Vorkriegszeit nicht so lebendig war, aber um so mehr sollten wir uns heute am Erwachen dieser gesunden Gefühlsregung freuen.

Welch starkes Echo die deutsche Massenflucht aus dem Sowjet-Zuchthausstaat besonders in Deutschland gefunden hat, dafür sind uns zahlreiche Belege zugegangen. In einem längeren Fortsetzungsartikel geben wir im „Courier" gegenwärtig die Ausführungen des „Auslanddeutschen" wieder, das von dem so verdienstvoll wirkenden Deutschen Ausland-Institut in Stuttgart herausgegeben wird. Weitere beachtenswerte Stimmen finden wir in den Mitteilungen des Reichsverbandes für die katholischen Auslanddeutschen in Berlin, in der Wochenschrift „Das Evangelische Deutschland" (Berlin), im Berliner Heimatblatt für Rußlanddeutsche „Deutsches Leben in Rußland" usw. Das Zentralkomitee der Deutschen aus Rußland (Berlin NW 52, Schloß Bellevue) fordert ebenso wie die konfessionellen Organisationen auf katholischer wie evangelischer Seite zu eifriger Sammeltätigkeit auf, um die Hilfsaktion des Deutschen Roten Kreuzes nach Kräften zu unterstützen. „Brüder in Not!" ist der Ruf, der durch alle Zeitungen und Versammlungen hallt. Banken und Postanstalten nehmen Geldzeichnungen entgegen. Die deutsche Reichsregierung hat für die Rußlanddeutschen besondere Mittel zur Verfügung gestellt und einen eigenen Reichskommissar ernannt, der sich um die in Deutschland eingetroffenen Flüchtlinge annehmen soll. Daß Reichspräsident von Hindenburg selbst eine große Summe zum Hilfsfonds beisteuerte, ist unseren Lesern schon bekannt. Wenn man von diesem Sammeleifer und dieser herzlichen Hilfsbereitschaft erfährt, muß man zugleich bedenken, daß das deutsche Volk selbst einen sehr schweren Winter durchzumachen hat, weil die deutsche Wirtschaftskrise eine neue ernste Verschärfung erfahren hat. Ende 1929 hat man etwa 2 Millionen Arbeitslose in Deutschland gezählt! Trotzdem bewährt sich in diesen Tagen der deutschen Not das alte Dichterwort: „Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen noch Gefahr."

Wer hat den kommerziellen Weltkrieg verloren?

Die letzten Statistiken über den internationalen Handel stellen eins über allen Zweifel erhaben fest. — England hat den kommerziellen Weltkrieg verloren. Denn es geht daraus hervor, daß Deutschlands Exporte in den ersten sechs Monaten des ahres die britischen überflügelten, was bisher in der Geschichte noch nie dagewesen ist. Natürlich steht Amerika als Exportnation an erster Stelle, aber an zweiter steht jetzt Deutschland.

England ging in den Weltkrieg, weil es die deutsche Konkurrenz und die deutsche Flotte fürchtete. Nun, die deutsche Flotte hat es zerstört, aber die deutsche Konkurrenz ist heute gefährlicher als je. Denn kurz vor dem Weltkriege war Deutschlands Güterausfuhr noch um $150,000,000 geringer als die Englands. Jetzt, elf Jahre nach einem verlorenen Kriege, hat es die britische Ausfuhr überholt. Genau das Gegenteil von dem was England durch den Krieg zu erreichen hoffte, ist eingetroffen.

Es wird sich auch wohl sobald nicht ändern. Unter dem Ansporn der Tributzahlungen muß Deutschland ungeheure Exportgeschäfte machen, sonst kann es die Zahlungen nicht leisten. Befriegt England diesen Gegner auf dem Gebiete des Handels mit derselben Zähigkeit und denselben Mitteln wie es im Weltkriege geschah, so mag es Deutschland hier und da zurückdrücken, aber dann gibt es eben kein Geld. Schneidet man einem Schuldner die Möglichkeit ab, Geschäfte zur Zahlung seiner Schulden zu machen, so schnürt man sich damit selbst die Gurgel zu, denn wo nichts ist, hat nicht nur der Kaiser, sondern auch der König von England sein Recht verloren. Die britischen Staatsmänner haben sich eine derartige Folge des Krieges sicher nicht träumen lassen, ebensowenig die politischen Auswirkungen; denn unzweifelhaft steht das britische Imperium nicht mehr so gefestigt da wie 1914.

Das Ganze stellt auch noch in anderer Beziehung eine vollkommen „verfehlte Spekulation" für England dar. Infolge des gewaltigen industriellen Aufschwungs Amerikas im Kriege und nachher sind dessen Exporte stetig gestiegen und schon seit Jahren sind sie jährlich um etwa $1,000,000,000 höher als die britischen, während Amerikas Ausfuhr im Welthandel vorher eine ziemlich untergeordnete Rolle spielte. Eine Zeitlang hatte auch Deutschland nach dem Kriege infolge der Ruhrbesetzung und der Inflation schwer zu kämpfen, aber etwas Gutes hat die Inflation doch für das industrielle Deutschland gehabt. Es hat seine maschinelle Ausrüstung für billiges Geld modernisieren können, während England immer noch mit veralteten Maschinen und Methoden zu arbeiten gezwungen ist. Dazu hatte England seine vielen Streiks, den Verfall der Kohlenproduktion, auch eine Folge der erzwungenen Sachlieferungen, seine immer noch anhaltenden Wirren in der Textilindustrie — kurz, England hat sich schwer, sehr schwer verrechnet.

Es hat einen alten Konkurrenten stärker als je werden sehen und sich dazu einen neuen, viel reicheren und stärkeren, großgezogen. Soweit die Ver. Staaten in Frage kommen, kann ihnen ein prosperierendes Deutschland nur recht sein; denn das bedeutet einen guten Kunden für sie. Für England liegt die Sache viel schlimmer, denn während die Vereinigten Staaten kommerziell und politisch immer stärker werden, legt Deutschlands Handelsaufstieg den englischen Kaufleuten und Produzenten weitere schwere Lasten auf. McDonald und seine Partei haben jetzt die Supp auszulöffln, welche ihnen Lord Grey, Asquith und Lloyd George einbrockten. Ob sie dazu imstande sein werden, muß die Zukunft lehren, aber jedenfalls werden die Führer Englands sich jetzt sehr häufig fragen, warum ihr Land eigentlich in den Krieg gehen mußte. Das Resultat ist für England nur gewesen, Frankreich zur Vormacht in Europa in militärischer Hinsicht zu machen und Amerika und Deutschland zur Vormacht im Welthandel zu verhelfen. Noch nie in der Weltgeschichte haben Ozeane von Blut ein so negatives Resultat für ein Siegervolk gezeitigt.

(Detroiter Abendpost.)

Sagen Sie es Ihren Freunden:
„Der Courier ist die führende deutsche Zeitung in Canada!"

Keine Bildung ohne Kenntnis der deutschen Sprache

Urteil eines rumänischen Gelehrten

Der Kampf gegen die deutsche Sprache im rumänischen Schulwesen wird zum Teil auch von den eigenen Landsleuten nicht gebilligt. Besonders in den Kreisen der Wissenschaft scheint sich da eine Wandlung vollzogen zu haben. Ein Beispiel hierfür ist ein Aufsatz des Professors Tempeanu in der rumänischen pädagogischen Zeitschrift „Revista Generala a Invatamantului", dessen Schluß folgende bemerkenswerte Sätze enthält:

„Die Unterschätzung der Lehrerseminare ist hauptsächlich durch den Umstand begründet, daß in ihnen nur eine einzige fremde Sprache als Kulturinstrument gelehrt wird: die französische. Am Schlusse dieses Jahres war ich bei der Prämienverteilung der Volksschule „Petru maior" in der Hauptstadt zugegen. Da beklagte sich der Direktor in einer Ansprache, daß er nicht genügend Schüler habe, und zwar, weil die Eltern ihre Kinder in die „evangelische Schule" oder die „katholische Schule" gaben, damit sie von der Volksschule an fremde Sprachen lernen ...

„Auf der Universität aber fühlt der Lehrer seine Unterlegenheit. Er kennt die lateinische und deutsche Sprache nicht! Und er besucht die Vorlesungen über Philosophie und Literatur, die Professoren aber geben ihm sicher deutsche Werke zum Nachschlagen. Es ist eine Wahrheit, die schon lange die bedeutendsten Universitätsprofessoren anerkannt haben: **es ist keine Bildung möglich ohne Kenntnis der deutschen Sprache!** ... Die deutsche Pädagogik ist eine Realität, welche nicht einmal der wütendste Chauvinist ignorieren kann. Der Lehrer, der diese Sprache nicht kennt, kann sich mit der bedeutendsten pädagogischen Bewegung der Zeit nicht auf dem laufenden erhalten und ist des wertvollsten Instruments zur Erwerbung von Kultur beraubt. Gebt daher den Lehrerseminaristen dieses Kulturinstrument und ihr werdet deren Ansehen erhöhen! Nur dann beweisen wir, daß wir die Förderung des Volkes durch Kultur aufrichtig verfolgen. Zeigen wir, daß wir es wollen!"

Hindenburg klagt gegen Zeitschrift. Der Präsident der deutschen Republik Paul von Hindenburg hat eine Klage gegen ein Mitglied des Reichstages, Joseph Göbels der der Herausgeber der wöchentlichen Zeitschrift „Der Angriff" ist, angestrengt. In einer Ausgabe dieser Zeitschrift ist ein Artikel erschienen mit der Ueberschrift: „Ist Hindenburg noch am Leben?" Es ist dies das erste Mal, daß Präsident Hindenburg rechtlichen Schutz wegen eines politischen Angriffes gegen ihn in Anspruch nimmt, solange er Reichspräsident ist. In einer weiten Ueberschrift für den genannten Artikel hieß es: „Die vollständige Apathie des Präsidenten in der Youngplanfrage".

In dem Artikel wird der Regierung der Vorwurf gemacht, daß sie die Wünsche von 6,000,000 Anhängern der Deutschnationalen ignoriert habe und versichert, daß der Präsident einen neuen Volksentscheid herbeiführen könne. Der Artikel schließt mit den Worten: „Aber selbst die übrigen persönlichen Bewunderer Hindenburgs hegen keine Illusionen in dieser Hinsicht. Genau so wie auch in anderen Fällen Hindenburg wird das tun, was ihm seine marxistischen und jüdischen Berater erzählen."

Um den Weltfrieden. Ein letzter Versuch, den bekannten Weltfrieden-Staat von handgreiflichen Tumulten und antiken Methoden für Deutschland zu retten, ist anscheinend fehlgeschlagen. Der Stadtrat von Hannover beschloß, in einer Nachsitzung, den Schatz nicht anzukaufen, den der frühere Herzog von Braunschweig zu verkaufen sucht. Die Stadt hatte eine Option auf Ankauf des Schatzes zum Preise von 10,000,000 Mark, aber diese Option lief ab und stellte es daher dem früheren Herzog frei, weitere Verhandlungen mit einem Syndikat aufzunehmen, das angeblich amerikanische Interessen vertritt.

Der Bürgermeister der Stadt hatte in der Nachsitzung des Stadtrates den Ankauf des Schatzes befürwortet, weil es sich um einen Gelegenheitskauf handelte, und weil die Hälfte des Kaufpreises erst im Zeitraume von 30 Jahren zu zahlen gewesen wäre. Die Ablehnung erfolgte durch die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten.

Der Welfenschatz umfaßt Reliquien, die von Heinrich dem Löwen mitgebracht wurden, als er im Jahr 1173 von einer Pilgerfahrt nach dem Heiligen Lande zurückkehrte. Der Herzog, der den Schatz verkaufen will, ist der Gemahl der einzigen Tochter des früheren Kaisers.

Baldige Wahlen in England? Die Ansicht, daß eine neue allgemeine Wahl in Großbritannien in nicht allzulanger Zeit in Aussicht stünde, wurde von Stanley Baldwin, dem früheren konservativen Ministerpräsidenten, in einer Neujahrsbotschaft an seine Partei ausgedrückt. In der Botschaft fordert der frühere Ministerpräsident ein Jahr harter Arbeit, „denn wir wissen nicht, wie bald wir wieder in das Durcheinander einer allgemeinen Wahl geraten werden." Er sagte, daß die Arbeiterregierung ständig größere Schwierigkeiten fände, weil sie zu große Wahlversprechungen gemacht hätte.

Angst vor deutschen Flugwesen. Nach einer Meldung des Pariser Blattes „Excelsior" sollen zwischen England und Frankreich Verhandlungen über eine an Deutschland zu richtende Note schweben, „in der der Beunruhigung der Verbündeten über die Entwicklung des deutschen Flugwesens und über den geringen Unterschied zwischen deutschen Handelsflugzeugen und Militärflugmaschinen Ausdruck gegeben werden soll."

An zuständigen deutschen Stellen ist von einem derartigen Schritt bisher nicht das geringste bekannt. In maßgebenden Kreisen der deutschen Luftfahrt glaubt man, daß die Meldung des genannten Pariser Blattes nichts anderes als ein Versuchsballon zu politischen und vielleicht auch zu wirtschaftlichen Zwecken sei. Man macht darauf aufmerksam, daß im nächsten Frühjahr in Genf die weiteren Verhandlungen über die Berechnung der Kriegsstärken beginnen werden, und daß Frankreich stets danach festgestellt habe, die Handelsflugzeuge als eine versteckte Reserve für das Militärflugwesen zu bezeichnen, während Deutschland und andere Staaten immer wieder die grundlegenden Unterschiede zwischen Handels- und Militärmaschinen betont haben.

Man erklärt, die Grundlosigkeit der französischen Besorgnisse werde am besten durch die Tatsache charakterisiert, daß Frankreich und seine Verbündeten allein Kriegsluftflotten von Tausenden von Maschinen unterhalten, während es in Deutschland bisher im ganzen kaum tausend zugelassene Flugzeuge gibt, und zwar Verkehrs-, Sport-, Lichtbild-, Reklame- und Schulflugzeuge mit Einschluß der älteren Typen. Die Deutsche Lufthansa verfügt über insgesamt etwa 200 Maschinen.

Ende der Diktatur in Spanien. General Primo de Rivera, das Haupt der spanischen Regierung, erklärte in einem Artikel in der Madrider Zeitung „A.B.C.", daß seine Diktatur Zeichen von Zerfall erkennen lasse und daß sie daher im Laufe von 1930 durch ein anderes Regime ersetzt werden müsse, das als Uebergang von der Diktatur zur künftigen Regierung dienen solle.

Der Premier sagte nicht, wann der Wechsel stattfinden soll, sondern erklärte nur, daß das neue Regime von seiner sechsjährigen Regierung radikal verschieden sein müsse. Er fügt hinzu, daß König Alfons gegenwärtig die Pläne für Aenderung der Regierungsform unter Erwägung habe und daß ein Entschluß bald bekannt gemacht werden würde.

Der bekannte spanische Journalist Jose Ongaro sagt in seiner jährlichen Uebersicht über die politischen Ereignisse in Spanien voraus, daß General Primo de Riveras Regierung zu Ende kommen wird und bemerkt dazu: „Diesmal ist es nicht Rivera, der sagt, daß er zurücktreten will, sondern die Tatsachen werden ihn zwingen, die Diktatur aufzugeben."

Wertvolles Gemälde gestohlen. Ein Van Dyck Gemälde, das „Konzert der Engel", dessen Wert auf etwa $150,000 geschätzt wird, ist auf dem Transporte von Brüssel nach London gestohlen worden. Der Verlust wurde bei der Oeffnung der Kiste festgestellt, in der sich das Gemälde befinden sollte. Das Gemälde war von seinem belgischen Eigentümer an einen Londoner Kunsthändler gesandt worden. Bei der Oeffnung der Kiste in der Gallerie des letzteren stellte man fest, daß der Rahmen zwar noch vorhanden war, daß aber das Gemälde herausgeschnitten wurde. Von außen konnte man an der Kiste keinerlei Spuren einer gewaltsamen Oeffnung feststellen, und die Polizei hatte keinerlei Spuren von dem Diebe.

Anthony Van Dyck war ein flämischer Maler des 17. Jahrhunderts und Hofmaler von König Charles I. von England. Seine besten Bilder sind Portraits, aber auch seine religiösen Bilder sind hervorragend. Er war ein Schüler von Rubens, dem er bei der Fertigstellung mehrerer größerer Bilder half.

Am Vorabend

Von dem verstorbenen deutschen Ozeanflieger Freiherr Günther von Hünefeld.
(Gedichtet in der Nacht vor seinem Tode.)

Bevor das Schweigen, das ich oft gekannt,
Zum letztenmal die Kehle mir umspannt,

Steigt einmal noch aus meiner Seele tief
Das Bild empor, das mich ins Leben rief.

Du Erde, die mich mütterlich gebar,
Die Ziel und Wesen meines Kämpfens war,

Dir gilt mein Gruß, wenn Gottes Wort befiehlt,
Daß jäh das Band, das mich am Dasein hielt,

Zerrissen flattert und die Nacht fällt ein.
Mein deutsches Land, noch sterbend denk' ich dein!

Den Mantel, der dich königlich umfließt,
Erspäh' ich noch, eh' sich mein Auge schließt.

Ich seh' die Krone, die dein Haupt geschmückt,
Und schau' das Schwert, das dir im Kampf gezückt.

Der Duft, der deinem Boden herb' entsteigt,
Umströmt mein Herz, da sich der Abend neigt.

Und mein Gebet geht stumm durch Raum und Zeit:
„Schirm' gnädig, Herr, des Reiches Herrlichkeit!"

Doch weicht der Schleier, der sich vor mir senkt,
Weil mir ein neuer Morgen ward geschenkt,

Beug' ich das Haupt in seinem Strahlenschein
Und will wie einst dein treuer Knappe sein.

Weltumschau

Die Deutschen auf der Haager Konferenz. Im Vordergrund des Interesses steht die zweite Haager Konferenz. Das Reichskabinett beschäftigte sich mit der Zusammensetzung der deutschen Delegation, welcher Kanzler Müller, Außenminister Curtius, Wirtschaftsminister Moldenhauer und Josef Wirth als Minister der besetzten Gebiete angehören werden. Nach der ursprünglichen Vereinbarung sollte Kanzler Müller die Führung der deutschen Delegation übernehmen. Es wurde aber beschlossen, den Reichsaußenminister Dr. Curtius mit der Führung zu betrauen, umsomehr als auf der ersten Haager Konferenz auch der Reichsaußenminister, der seither verstorbene Dr. Stresemann, an der Spitze der deutschen Delegation gestanden hat.

Ein großer Stab von Sachverständigen, wirtschaftlichen sowohl wie finanziellen und politischen, wird die Delegation begleiten. An der Spitze dieser Experten steht Reichsbankpräsident Dr. Hjalmar Schacht, der berufenste Interprete des Young-Plans in Deutschland, an dessen Zustandekommen er ja wesentlich mitgearbeitet hat.

Gegen weitere „Sanktionen". Eine wichtige Klausel, welche in dem gesonderten Reparationsabkommen, das zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten abgeschlossen worden ist, enthalten ist, wird aller Wahrscheinlichkeit nach von großem Einfluß auf das Problem der sogenannten Sanktionen oder Strafmaßnahmen sein, zu welchen die Alliierten ermächtigt sind, wenn Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkommen sollte. In den Artikeln 429 und 430 des Versailler Vertrages wird den Alliierten die Garantie gegeben, daß sie für den Fall, daß Deutschland den Forderungen, die in diesem Vertrage und später an es gestellt werden, nicht nachkommen sollte, das Rheinland wieder besetzen und so die Durchführung des Vertrages erzwingen können.

Der neue Vertrag, welcher mit den Vereinigten Staaten abgeschlossen worden ist, sieht von dem Gebrauche dieser sogenannten Sanktionen ab. Es heißt in dem Vertrage, daß die Vereinigten Staaten das Wort Deutschlands für die Sicherheit der Zahlungen nehmen. Dieselbe Idee wurde schon in den Noten zum Ausdruck gebracht, die den Verhandlungen über den Vertrag vorausgingen. In diesen Noten hieß es, daß die Vereinigten Staaten Deutschland genau so wie jeden anderen Reparationsschuldner Amerikas betrachten, u. daß keinem ein Vorzug gewährt werde.

Schurman geht, Sackett kommt. Dr. Jacob Gould Schurman, der amerik. Botschafter für Deutschland, hat der Presse die überraschende Mitteilung gemacht, daß sein vor einiger Zeit eingereichtes Resignationsgesuch vom Staatsdepartement in Washington genehmigt wurde, daß er aber erst im kommenden Monat von dem Amt, das er seit März 1925 bekleidet, zurücktreten werde. Diese Ankündigung hat in offiziellen Kreisen Deutschlands und unter dem deutschen Volk lebhaftes Bedauern hervorgerufen, da sich Schurman überall der größten Beliebtheit erfreute.

Botschafter Schurman sagte einem Vertreter der Assoziierten Presse: „Ich kann nicht genug das herzliche Entgegenkommen der deutschen Regierung und des deutschen Volkes rühmen, die mir meine Arbeit in jeglicher Weise erleichtert haben. Ich werde auf meinen Dienst in Deutschland stets mit größter Befriedigung zurückblicken."

Dr. Schurman entstammt einer alten deutschholländischen Einwandererfamilie in New York und ist in Freetown auf der canadischen Prinz Edward-Insel im Mai 1854 geboren. Seine Studien machte er in Paris, London, Berlin, Heidelberg, Göttingen und Edinburgh, bei welch letzterer Universität er sich den Doktortitel erwarb. Auf diesen Hochschulen betrieb er philosophische und mathematische Studien, und in Heidelberg war er Kuno Fischers Hörer. Nach einem kurzen Professorat an einer kleinen canadischen Universität wurde er 1892 als Professor der Philosophie nach der Cornell Universität berufen. Später wurde er Präsident dieser Universität. Im Jahre 1920 widmete er sich der diplomatischen Laufbahn, indem er zuerst den Gesandtenposten in Athen übernahm, dann als Gesandter nach Peking ging und Ende März 1925 seinen hiesigen Posten antrat.

Die Regierung des Deutschen Reiches hat Präsident Hoover mitgeteilt, daß Senator Sackett, Kentucky, als Botschafter der Vereinigten Staaten in Berlin genehm sei. Man erwartet, daß der Senator in der nächsten Zeit sein Amt niederlegen und sich zum Antritt seines neuen Postens nach Berlin begeben wird.

Gegen Verzicht auf deutsches Eigentum. Der Reichsverband des deutschen Groß- und Ueberseehandels hat in einem Telegramm an Reichsaußenminister Curtius scharfen Protest gegen die Wegnahme des deutschen Privateigentums in Großbritannien erhoben. Es wird besonders Verwahrung gegen die Ratifizierung eines Abkommens mit England eingelegt, durch das deutscher Besitz im Werte von 280,000,000 Reichsmark verloren gehen würde. Der Verband, dem die führenden Persönlichkeiten des gesamten deutschen Wirtschaftslebens angehören, fordert, daß die deutsche Regierung eine Lösung findet, die Deutschland wenigstens ein anderweitiges Zugeständnis garantieren würde, das zu der ruhigen Weiterentwicklung des Welthandels beitragen kann.

Der englische Finanzminister Snowden erklärte vor einigen Wochen, daß die englische Regierung das deutsche Eigentum nicht freigebe. Diese Absicht wirkte umso befremdender, als sie aus dem Munde eines hervorragenden Mitgliedes des Macdonaldschen Arbeiterkabinetts kam, und zwar nicht nur in Deutschland, sondern auch in den Vereinigten Staaten. Präsident Hoover erklärte in seiner großen Kongreßbotschaft am 2. Dezember hinsichtlich der deutschen Privatansprüche in Amerika, daß die Vereinigten Staaten Privateigentum auch im Kriegsfalle für unantastbar halten.

Heftiger Sturm über Westdeutschland

Auch England und Aermelkanal wieder heimgesucht

Berlin, 30. Dez. — Ein mit 75 Meilen Geschwindigkeit tobender Sturm, der gestern über Nordwestdeutschland hinwegfegte, hat eine weite Spur von Verwüstungen hinterlassen. In Dortmund wurde eine im Bau befindliche Kirche umgerissen und großer Sachschaden verursacht. Weitere Hauseinstürze werden aus Köln, Düsseldorf und Münster gemeldet. Es wurden mehrere Personen verletzt, doch niemand getötet. In der Elbe und der Weser war die Flut ungewöhnlich hoch. Im Hafen von Hamburg wurden viele Schiffe von ihrer Verankerung losgerissen.

London, 30. Dez. — Der schwere Südwest, der in Großbritannien und an der Küste des kontinentalen Europas sieben Menschenleben forderte, war von ungewöhnlich starkem Regenfall begleitet, und man befürchtet neues Hochwasser in den tiefliegenden Gebieten der Themse. Im Gebiete von Windsor sind die Flüsse über die Ufer getreten und Keller wurden unter Wasser gesetzt. Bei Eton sind viele Straßen unpassierbar.

In Teilen des Aermelmeers gehen die Wellen noch immer hoch und der Kanaldampferdienst kann nur mit Mühe aufrechterhalten werden. Der Dampfer „Maid of Orleans", der von Boulogne nach England auslief, ist in Falkestone angekommen. Seine 230 Passagiere zeigten deutliche Spuren der stürmischen Meerfahrt. Viele Dampfer blieben im Schutze des Hafens.

Die Inspektion Alemanns hat den normalen Dienst wieder aufgenommen, und die Antenne der Funkstation von Chelmsford, die vom Sturm niedergerissen wurde, ist wieder aufgestellt worden.

Ein Matrose von der Mannschaft des auf der Fahrt von Hull nach Alexandria begriffenen Dampfschiffes „Atlantic" wurde von einer Riesenwoge gegen ein Bollwerk geschleudert und blieb tot liegen; einem andern wurden beide Beine gebrochen.

An den steilen Abhängen von Scotsburgh auf den Shetland-Inseln wurde ein mit dem Schiffsboden nach oben schwimmendes Wrack angeschwemmt.

Mehrere Schiffe berichteten Ueberbordschädigung infolge des stürmischen Nachtsturmes.

Hindenburg fordert politische Freiheit

(Fortsetzung von Seite 1.)

verknüpfte seine Ansprache mit einem Hinweis auf die schwierigen Verhandlungen des vergangenen Jahres, die zur Räumung der zweiten Rheinland-Besatzungszone vor der festgesetzten Zeit führten. Nunmehr seien die Augen aller Deutschen sehnsüchtig gerichtet auf Räumung der dritten Zone bis Ende Juni dieses Jahres.

Präsident Hindenburg trug den üblichen Frackanzug, als er den Empfangssaal betrat und grüßte die Versammlung nach altem Brauch mit einer tiefen Verbeugung, dann straffte sich die hohe Gestalt kerzengerade und mit fester Stimme richtete er seine Worte an die anwesenden Vertreter von über 40 Nationen. Nach dem offiziellen Neujahrsempfang plauderte Hindenburg ungezwungen mit jedem der Diplomaten.

Die allgemein fröhliche Stimmung in der Silvesternacht wurde erhöht durch eine unerwartet erfolgte Herabsetzung der Preise für Getränke und Speisen in den führenden Hotels und Vergnügungsstätten.

Viele Familien, die zu Hause den Jahresschluß feierten, hatten die Balkonfenster mit Kerzen beleuchtet und riefen mit dem Glockenschlag der Mitternacht ihren Nachbarn „Prosit Neujahr!" zu. Das Menschengewoge in den Straßen war größer als je zuvor.

Die meisten Theater brachten Lustspiele zur Aufführung und den ernster Gestimmten war Gelegenheit gegeben, den Klängen von Beethovens Neunter Symphonie zu lauschen.

Fortschritt der indischen Freiheitsbewegung

(Fortsetzung von Seite 1)

gresses in Lahore und ihre Möglichkeiten in der Zukunft.

Der „Daily Herald", Organ der Arbeiter-Regierung, führt aus, die von den Indern aufgestellte Forderung völliger Unabhängigkeit, anstatt eines Dominion-Status, sei „eine akademische Abänderung, von keinen unmittelbaren Folgen". Das Blatt fordert den Nationalistenführer Mahatma Gandhi zur Mitarbeit mit der britischen Regierung in Indien auf und betont, „lediglich durch eine Haltung des „Wir können nicht mitspielen" könne nichts erreicht werden."

Die „Times" findet Trost in der Haltung der indischen Liberalen und Gemäßigten und meint, der Kongreß kennzeichne, daß „zum ersten Male eine organisierte Macht aus der indischen Politik hervorgegangen sei mit einem Gefühl für Wirklichkeiten und einer Entschlossenheit, Auswüchsen zu begegnen."

Die konservative Presse im allgemeinen bedauert die Umtriebe Gandhis und seiner Gefolgschaft.